

Vermiest Steuererhöhung die Fusion?

FINANZEN Die geplante Steuererhöhung der Stadt hat keine Auswirkungen auf die «Starke Stadtregion», sagen die Befürworter. Doch die Gegner widersprechen.

STEFAN ROSCHI
stefan.roschi@luzernerzeitung.ch

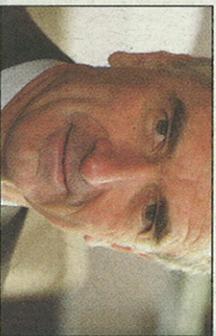
Die Meldung kam überraschend: Am letzten Freitag teilte der Luzerner Stadtrat mit, dass er eine Steuererhöhung um eine Zehntelseinheit beantrage. Der Steuerfluss würde so auf 1,85 Einheiten steigen. Sofort fügte der Stadtrat an, dass die geplante Steuererhöhung keinen Einfluss auf die weiteren Planungsarbeiten im Projekt «Starke Stadtregion» habe. Nach wie vor setze sich die Regierung für ein Ja zu Fusionsverhandlungen bei der Volksabstimmung vom 27. November ein.

Gegner befürchten höhere Steuern
Keinen Einfluss auf die «Starke Stadtregion»? Das sieht Peter With, SVP-Grossstadtrat und Mitglied des Vereins Gegen Grossluzern, anders: «Ohne die Fusion mit Litau wäre diese geplante Steuererhöhung sicher nicht nötig geworden.» With folgert daraus, dass weitere Fusionen zu weiteren Steuererhöhungen führen werden. Denn: «Mit einem schwächeren Partner wird man nicht plötzlich stärker.» With glaubt, dass nun auch das

Stadtuzeiner Stimmvolk eher gegen Fusionsabklärungen stimmen wird. «Die Leute sind es leid, Risiken einzugehen und nachher mehr zu zahlen.» Und auch die Agglomerationsgemeinden würden nun sehen, dass die Steuererleichterungen bei einer Fusion bald wieder weg seien. Bei der «Starken Stadtregion» gilt: Der tiefste Steuerfuss der beteiligten Gemeinden wird übernommen.

nanzen bei einer Fusion. «Aber ich glaube nicht, dass die berechtigt sind.»

Auch CVP-Kantonsrat Jürg Meyer von Emmen Go verneint eine negative Auswirkung der geplanten Steuererhöhung der Stadt auf das Fusionsprojekt. «Eine Fusion sollte nicht nur wegen des finanziellen Aspekts erfolgen. Es geht doch hauptsächlich darum, Aufgaben gemeinsam zu erledigen, zum Beispiel in den Bereichen Infrastruktur, Raumplanung oder Verkehr.» Schlechte Luzerner Finanzen könnten dabei beschleunigend wirken. «Wenn es einer Gemeinde nicht so gut geht, soll sie ihre Strukturen gründlich hinterfragen. Fusionsabklärungen sind somit eine Chance.»



«Eine Fusion sollte nicht nur wegen des finanziellen Aspekts erfolgen.»

JÜRGE MEYER, KANTONSRAT

Weniger drastisch beurteilt dies Laura Grütter Bachmann, FDP-Grossstadträtin und Co-Präsidentin von Zukunft Luzern: «Es ändert sich ja nichts. Selbst bei einer Steuererhöhung hätte Luzern noch den tiefsten Steuerfuss. Für die anderen Gemeinden würde das immer noch eine Senkung bedeuten.» Sicher gäbe es in der Bevölkerung Ängste bezüglich Fi-

«Alle Optionen offenhalten»

Dem Projektpartner Kriens gehts finanziell noch schlechter als Luzern. Über eine Steuererhöhung wird seit einem Jahr diskutiert. «Darum ist es für uns wichtig, beim Projekt dabei zu bleiben, um alle Optionen offenzuhalten», sagt Daniel Piazza, JCVP-Einwohnerrat und Präsident von «Offenes Kriens». Finanzielle Fragen würden erst bei der Ausarbeitung eines Fusionsvertrags geklärt. «Da sollten wir bei unserer schlechten Finanzlage den Suchprozess nach Effizienzgewinnen weiterführen, auch hinsichtlich eines Alleingangs.»

HINWEIS

► **Podiumsdiskussion** «Starke Stadtregion und Finanzen», unter anderem mit Regierungsrat Marcel Schwerzmann und dem Krienser Finanzchef Paul Winiiker, heute von 19.30 bis 21.30 Uhr im Auditorium HSU – Wirtschaft, Zentralstrasse 9 in Luzern (Eintritt frei). ►

Kleine Gemeinden verlangen höhere Pro-Kopf-Beiträge

FUSIONSBEITRÄGE nus. Für Beiträge an Gemeindefusionen gebe es «eine breite Unterstützung», teilte die Kantonsregierung gestern mit. Sie bezieht sich auf die entsprechende Vernehmlassung, die am 8. Juli zu Ende ging.

SVP: Fusionstopf auflösen

Wie breit ist diese Unterstützung wirklich? Klar ist, dass die SVP den mit 80 Millionen Franken geführten Topf für Fusionsbeiträge an Gemeinden am liebsten auflösen würde. «Das wäre viel geschwiefer, als ein Riesensparprogramm zu basteln», argumentiert SVP-Fraktionschef Guido Müller. Klar ist auch, dass viele, vor allem kleinere Gemeinden, eine Erhöhung der Pro-Kopf-Beiträge fordern. Die Regierung schlug folgende Abstufung vor: Vom 1. bis zum 300. Einwohner gibt's 3000 Franken, vom 301. bis zum 1000. Einwohner 1200 Franken, vom 1001. bis zum 2000. Einwohner 1000 Franken, vom 2001. bis zum 5000. Einwohner 800 Franken, vom 5001. bis zum 10 000. Einwohner 600 und nachher noch 100 Franken pro Kopf. Umstritten war in der Vernehmlassung auch das Verhältnis zwischen Pro-Kopf-Beiträgen und maximalem

Zusatzbeitrag, der auf 2:1 festgelegt ist. So sagt Thomas Grütter, Gemeindepräsident von Pfäfers: «Wir fordern eine Verdreifachung der Pro-Kopf-Beiträge bis zu den ersten 3000 Einwohnern.» Auch Oswin Bättig, Gemeindepräsident von Althütten, und Ruth Iseli-Buob, Gemeindepräsidentin von Schötz, verlangen eine Anpassung nach oben. Ausserdem, sagt Iseli-Buob, müsse die Steuerkraft bei der Ausgestaltung der Pro-Kopf-Beiträge berücksichtigt werden. Den gleichen Vorschlag macht Josef Häfägger, Gemeindevorsteher von Alberswil. Häfägger, der sich als Fusionsgegner bezeichnet, stellt die finanzielle Untertützung von Zusammenschlüssen generell in Frage. «Wir können rund um Willisau allesamt fusionieren, und es fällt kein einziger Steuerfranken zusätzlich an.»

System wird nun «ausstärkt»

Laut Finanzdirektor Marcel Schwerzmann wird das System mit den Pro-Kopf- und Zusatzbeiträgen nun «ausstärkt». In welche Richtung, sei «offen». Die Botschaft der Regierung soll im ersten Quartal 2012 ins Parlament kommen. Die Volksabstimmung könnte dann Ende 2012 stattfinden.